

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, POSTFACH 04 06 09, 10063 BERLIN

An die Unterzeichner*innen
für die Resolution Abschiebestopp Afghanistan

Katrin Göring-Eckardt
Spitzenkandidatin

Cem Özdemir
Spitzenkandidat

Bundesgeschäftsstelle
Platz vor dem Neuen Tor 1
10115 Berlin
Tel.: +49 (030)28442-0
Fax: +49 (030)28442-210
info@gruene.de
www.gruene.de

23. Februar 2017

Liebe Martina, lieber Oliver,
Liebe Unterzeichner*innen,

vielen Dank für die Resolution und Euer starkes Engagement. Für eine menschenrechtliche Flüchtlingspolitik ziehen wir an einem Strang. Grüne sind die Anwält*innen der Flüchtlinge und werden es bleiben. Auch die Grün mitregierten Länder spüren diese Verantwortung und wollen ihr gerecht werden.

Die Erklärung der Grünen Länder, die Ihr erwähnt, macht deutlich: Niemand möchte Menschen in ein Land schicken, in dem sie Opfer eines innerstaatlichen Konflikts werden können. Und: Wer integriert ist, muss bleiben – das sollte immer auch Maßstab Grüner Politik sein.

Tatsächlich hat Winfried Kretschmann auf der Ministerpräsidentenkonferenz am 9. Februar das Thema angesprochen und seine Bedenken wegen der katastrophalen Sicherheitslage geäußert. Mit einem gemeinsamen Brief vom 17. Februar 2017 an Bundesminister Sigmar Gabriel haben er und die meisten Grünen Regierungsvertreter*innen eine Neubeurteilung der Sicherheitslage im Lichte des auch von Euch zu Recht erwähnten UNHCR-Berichts angemahnt. Es ist ein Skandal, dass dieser Bericht zwar von der Bundesregierung eingefordert, aber dann, als die gewünschte Richtung nicht zum Ausdruck kam, ignoriert wurde. Der UNHCR spricht davon, dass sich "die Gesamtsicherheitslage in Afghanistan weiter rapide verschlechtert" und "die Situation in Afghanistan volatil ist". Mittlerweile liegen auch schon erste Berichte über das Ergebnis der bislang stattgefundenen zwei Sammelabschiebungen vor. Sie sind höchst beunruhigend. Dies verstärkt unseren Eindruck, dass Afghanistan nicht sicher ist, nirgendwo.

Die Bundestagsfraktion hat schon frühzeitig, im Herbst 2015, angesichts der sich verschärfenden Sicherheitslage in Afghanistan, eine Aussetzung der Abschiebungen beantragt. (Siehe <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/067/1806774.pdf>). Gegen die Sammelabschiebungen haben wir protestiert.

Wir müssen aber auch realistisch feststellen: Unsere Grünen Regierungsbeteiligungen werden die Sammelabschiebungen nicht alleine stoppen können, dies geht letztlich nur gemeinsam mit dem Bund. Er gibt die Einschätzung zur Sicherheitslage im Land ab. Natürlich haben die Länder bei der Durchführung von Abschiebungen einen Spielraum, den sie nach ihren Möglichkeiten und länderspezifisch ausnutzen. Auf Grünen Druck hin hat bspw. Hamburg seine Ausländerbehörde angewiesen, Möglichkeiten für ein Bleiberecht eingehender zu prüfen und zu gewähren. Wir müssen die gute Integration vieler Betroffener nutzen, um ihre Abschiebung zu verhindern.

Das Gegenteil ist mal wieder Bayern, die meisten Abschiebungen finden hier statt. Undifferenziert, ohne Rücksicht auf die konkrete Integrationssituation, schiebt die bayerische Landesregierung Menschen ab, nur um ein Symbol zu setzen. Die Grünen Länder gehen wesentlich verantwortlicher mit dem verbleibenden Spielraum um. Ein Abschiebestopp kann allerdings aus rechtlichen Gründen auch nur ein vorübergehender sein. In spätestens drei Monaten müssen auch die Länder, die Ausreisen stoppen, eine neue Einschätzung treffen. Dabei werden sie seitens der Bundesregierung und der populistischen CSU unter Druck gesetzt.

Die von Euch geforderten Gespräche führen wir intensiv. Mit Erik, Mitglied im Parteirat, haben wir dazu am 20. Februar eingehend debattiert. Mit Michael Kellner ist besprochen, dass er Euch konkrete Termine für Gespräche zukommen lässt, die Ihr mit ihm als Bundesgeschäftsführer führen könnt.

Unser gemeinsames Ziel bleibt es, Abschiebungen nach Afghanistan zu verhindern. Auch von Seiten der Bundestagsfraktion wollen wir diese Diskussionen offensiv führen, dazu veranstalten wir ein Fachgespräch „Afghanische Geflüchtete in Deutschland – Zwischen Anerkennung und Abschiebung“ am 3. März

(<https://www.gruene-bundestag.de/termin/afghanische-gefluechtete-in-deutschland-zwischen-erkennung-und-abschiebung.html>).

Wir würden uns freuen, wenn Ihr dazukommen würdet.



Kerstin J. Edelstein



Cem Özdemir